



**Der erste Jahrestag der Terroranschläge vom 11. September
2001: Auswirkungen auf die transatlantischen Beziehungen**

von

Dr. Bernhard May und Christina Lingel (*)
Forschungsinstitut der DGAP,
Berlin, September 2002

“Für die Vereinigten Staaten war der 11. September 2001 ein tiefer Einschnitt in ihrer Geschichte – das Ende einer Ära, das ebenso scharf und deutlich zutage trat wie Pearl Harbor oder der erste Tag der Berlin-Blockade. Es kann auf einer Welt, die der Willkür von Terroristen ausgeliefert ist, keine dauerhafte Sicherheit geben – weder für meine noch für irgendeine andere Nation.”

(Aus der Rede von Präsident George W. Bush im Deutschen Bundestag am 23. Mai 2002.)

Ein dreiviertel Jahr nach den Terroranschlägen vom 11. September sind die Aufräumarbeiten am Ground Zero in New York beendet worden. Am 30. Mai 2002 entfernten Arbeiter den letzten noch stehenden Stahlträger des World Trade Centers. In einer kurzen, aber ergreifenden Zeremonie am Ground Zero, die genau um 10:29 Uhr Ortszeit begann, also zu der Zeit, als am 11. September der erste Turm des World Trade Centers vollends in sich zusammengebrochen war, wurde mit einer leeren Bahre als Symbol für die etwa 1800 nicht identifizierten Opfer gedacht. Insgesamt haben die Terroranschläge vom 11. September mehr als 3000 Opfer gefordert.

Eine Woche vor der Einstellung der Aufräumarbeiten an Ground Zero in New York war Präsident Bush in Berlin und hat im Bundestag eine Grundsatzrede zur Situation in Europa und den zu den transatlantischen Beziehungen gehalten. Dabei ging er vor allem auf die Gemeinsamkeiten zwischen Europa und den USA ein und unterstrich die großen Erfolge in den vergangenen 50 Jahren. In seine Rede im Bundestag – und viel ausführlicher und eindringlicher in seiner Rede in der Normandie am Memorial Day, dem 27. Mai – hat Präsident Bush den Kampf gegen den internationalen Terrorismus zur wichtigsten Herausforderung für das transatlantische Bündnis

erklärt und versichert, dass Amerika bei der Terrorismusabwehr zu gleichen Opfern bereit ist wie einst bei der Befreiung Europas. In der Normandie hat er seine Rede bewusst am Friedhof von Colleville-sur-Mer gehalten, wo 9387 amerikanische Soldaten begraben liegen, die nach der alliierten Landung in der Normandie vom 6. Juni 1944 gefallen sind. Präsident Chirac, der mit Präsident Bush in der Normandie war, versicherte die Unterstützung Frankreichs beim Kampf gegen den internationalen Terrorismus und meinte, dieser Kampf sei gemeinsam zu gewinnen.

Ein Jahr nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 gibt es eine intensive Debatte darüber, wie diese Terroranschläge die transatlantischen Beziehungen verändert haben. Sind die Vereinigten Staaten zu einer unilateralen Macht geworden, die nur der eigenen Stärke vertrauen? Sind die Europäer zu schwach und zu wenig interessiert, um den Kampf gegen den internationalen Terrorismus zur Hauptaufgabe zu machen? Warum fühlen sich die meisten Amerikaner im Krieg gegen den Terrorismus, während diese Einstellung bei Europäern nicht im gleichen Maße anzutreffen ist? Ist nun die Zeit gekommen, gegen alle Bedrohungen auf internationaler Ebene vorzugehen, also gegen Staaten, die Terrorismus unterstützen und gegen Staaten, die versuchen, Massenvernichtungswaffen zu erwerben oder zu produzieren?

Oder muss eine der Lehren der Terroranschläge des 11. September 2001 vielmehr darin bestehen, mit verstärkten Bemühungen der OECD-Staaten die weltweite Armut zu bekämpfen? Und schließlich die Grundsatzfrage: Muss man aus den Diskussionen über die Schwierigkeiten bei der Zusammenarbeit nach dem 11. September 2001 und insbesondere beim militärischen Kampf in Afghanistan den Schluss ziehen, dass die transatlantischen Beziehungen entscheidend geschwächt worden sind? Und wie hat sich die Einstellung der Bevölkerung in den USA und in den europäischen Staaten verändert? Im folgenden wollen wir diese Fragen beantworten und die Auswirkungen der Terroranschläge vom 11. September 2001 auf die transatlantischen Beziehungen einordnen.

1. Die Reaktion Europas auf die Terroranschläge vom 11. September

Die Anschläge des 11. September 2001 bewirkten eine unmittelbare Vertiefung der transatlantischen Beziehungen. Europa bekundete seine Solidarität mit dem amerikanischen Volk. *Le Monde* schrieb am 12.9.01: "Wir sind alle Amerikaner" – und antwortete damit auf Präsident Kennedys Ausruf bei seiner Rede in Berlin "Ich bin ein Berliner." *Le Monde* drückte damit die Verbundenheit Europas mit dem amerikanischen Volk aus, eine Verbundenheit, die sich in den Tagen nach dem 11. September in mannigfacher Weise zeigte. Im Bewusstsein, dass sich der Angriff gegen die westliche Welt richtete, war Europa schockiert und betroffen. Politisch und militärisch standen die Bündnispartner eng zusammen, als die NATO am 2. Oktober 2001 den Bündnisfall bekannt gab. Die Bush Administration unternahm große Anstrengungen, eine breite Anti-Terrorallianz zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus zu schmieden.

Doch bereits während der Kämpfe in Afghanistan und anderer umfassender militärischer Operationen der Amerikaner und ihrer Verbündeten wurde das Bild der idealen Partnerschaft

getrübt. Die Europäer äußerten Bedenken gegenüber der Informationspolitik der Amerikaner. Nach dem Sturz des Taliban- Regimes in Afghanistan wurden die unterschiedlichen Prioritäten auf beiden Seiten des Atlantik deutlich. Die Europäer stellten neben der Bekämpfung des Terrorismus verstärkt auf dessen Ursachen ab. In den USA erhoben sich Stimmen, in der Phase II das Augenmerk auf den Irak zu richten. Der Konservative Robert Kagan, äußerte bereits im November, dass nicht das ob, sondern das wann des Endes des Regimes Saddam Husseins diskutabel sei.¹ Auch Stanley A. Weiss sieht den Irak als zentral im Kampf gegen den Terrorismus. Falls Bush es ernst meine, müsse Saddam Hussein endlich entfernt werden.²

2. Die Diskussion um die "Achse des Bösen"

Präsident Bush gab der Debatte eine neue Richtung, als er in seiner Rede von der Lage der Nation am 29. Januar 2002 im Kongress den Begriff "Achse des Bösen" prägte und dabei den Irak, den Iran und Nord-Korea beim Namen nannte.³ In seiner Rede stellt Präsident Bush fest, dass die Terroristen nicht der Gerechtigkeit der Amerikaner entkommen könnten. Er stellte klar, dass die USA handeln würden, falls es jene Regierungen nicht tun würden, in deren Länder Terroristen agierten und Terroranschläge planten.

Wichtige Mitglieder der Bush Administration hatten offenbar die Reaktionen in Europa unterschätzt. Außenminister Powell wunderte sich, dass es "quite a stir" gab, wie er sich ausdrückte. Er relativierte die Aussage Bushs von der "Achse des Bösen" mit der Begründung, Bush habe nun alle Welt informiert, wen er für gefährlich halte, nun seien alle zum Dialog eingeladen. Powell machte jedoch deutlich, dass er keine Hoffnung für den Irak sehe, solange Saddam Hussein an der Macht sei. Gleichzeitig wurde der Ton gegenüber den beiden anderen Staaten milder. Powell sagte, man hoffe, mit Nordkorea und dem Iran einen Dialog aufnehmen zu können. Die lautstarke europäische Kritik an einem wachsenden amerikanischen Unilateralismus wies Powell zurück.⁴

3. Große Unterschiede bei der Einstellung der Bevölkerung

War diese vehemente Kritik an der Substanz und der Rhetorik der Politik der Bush Administration nur ein Streit zwischen den politischen Eliten in den USA und Europa? Oder gab es bei der Einstellung der Bevölkerung auf beiden Seiten des Atlantiks ähnlich große Unterschiede im Hinblick auf die Ablehnung oder Zustimmung zur Politik von Präsident Bush? Welches waren die Hauptkritikpunkte? Was hat sich grundsätzlich bei der Einschätzung der Europäer von Präsident Bush seit den Terroranschlägen vom September verändert?

¹ Kagan, Robert: "On Phase II". In: The Washington Post, 27.11.01, S.A13.

² Weiss: "Saddam`s Regime in Iraq Should Be the Next Tyranny to Fall". In: International Herald Tribune, 18.11.01, S.6.

³ www.whitehouse.gov/news/releases/2002/01/20020129-11.html.

⁴ Knowlton, Brian: "U.S. Softens Tone on 2 'Axis' Nations; But Powell Advises Critics in Europe to 'Pound on Iraq', Not Washington". In: International Herald Tribune, 18.2.02, S.1.

Anfang April 2002 befragte das *Pew Research Centers For the People & the Press* in vier europäischen Staaten (Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien) insgesamt 4042 Personen und gleichzeitig weitere 1362 US-Bürger. Die Umfrage wurde am 20. April 2002 mit dem Titel "Americans and Europeans Differ Widely on Foreign Policy Issues. Bush's Ratings Improve But He's Still Seen as Unilateralist" veröffentlicht.⁵ Diese vergleichende transatlantische Befragung zeigt zweierlei: Erstens hatten die Europäer im April 2002 eine positivere Einstellung gegenüber Präsident Bush als vor dem 11. September. Und zweitens zeigt die Befragung, dass es gravierende Unterschiede zwischen den Europäern und den Amerikanern im Hinblick auf die Zustimmung zur Politik der Bush Administration gibt – und dies vor allem im Hinblick auf die Bekämpfung des internationalen Terrorismus, aber auch im Hinblick auf den Nahostkonflikt, auf die Politik gegenüber dem Irak sowie im Hinblick auf eine tatsächliche oder vermutete unilaterale amerikanische Außenpolitik.

Hier nun einige ausgewählte Ergebnisse dieser Befragung. Es war nicht überraschend, dass auch im April 2002 die Unterstützung der amerikanischen Bevölkerung für die Militärmaßnahmen in Afghanistan mit einer Zustimmungsrate von 83 Prozent noch sehr hoch war. Doch die Unterstützung in den europäischen Ländern waren ebenfalls sehr hoch, und zwar sprachen sich in Großbritannien 73 Prozent der Befragten dafür aus, in Frankreich 64 Prozent, in Deutschland 61 Prozent und in Italien 59 Prozent. Es gab also in allen vier Ländern eine breite Zustimmung. Allerdings gab es in Frankreich, Deutschland und Italien eine beachtliche Gruppe in der Bevölkerung, und zwar 30, 31 und sogar 37 Prozent, die Militärmaßnahmen in Afghanistan ablehnten.

Ganz anders die Einstellung der Bevölkerung im Hinblick auf die von Präsident Bush in seiner Rede zur Lage der Nation verwendeten Formulierung von der "Achse des Bösen". Während eine Mehrheit der amerikanischen Bevölkerung (56 Prozent) diese Formulierung befürworteten, haben die Europäer diese Rhetorik mehrheitlich abgelehnt, und zwar am deutlichsten in Deutschland, wo 74 Prozent der Befragten die Formulierung von der "Achse des Bösen" ablehnten und nur 17 Prozent sie befürworteten; in Frankreich sprachen sich 62 Prozent dagegen und 27 Prozent dafür aus, in Italien waren es 60 zu 29 Prozent dagegen und in Großbritannien ebenfalls 55 zu 32 Prozent dagegen.

Die Mehrheit der europäischen Befragten kritisierte zudem, dass die USA beim Kampf gegen den internationalen Terrorismus vor allem die eigenen Interessen verfolgen würden. Diese Meinung wurde in Deutschland von 85, in Frankreich von 80, in Großbritannien von 73 und in Italien von 68 Prozent geäußert, während nur 41 Prozent der amerikanischen Bevölkerung dieser Meinung waren. Dementsprechend meinten 48 Prozent der amerikanischen Befragten, die USA würde die Interessen der verbündeten Staaten in angemessener Weise berücksichtigen. Die Auffassung von einer unilateralen Außenpolitik der USA war weit verbreitet, doch hat sich bei dieser Frage die Einstellung der europäischen Bevölkerung seit August 2001 nicht verändert.

⁵ www.people-press.org.

Ebenfalls große Unterschiede zwischen den Europäern und den Amerikanern zeigten sich bei der Frage, wie mit dem Irak umgegangen werden sollte. Obwohl es in den europäischen Ländern keine breite Unterstützung für eine Militäraktion gegen den Irak gibt, so hat in den europäischen Staaten jeweils eine Mehrheit die Meinung vertreten, dass der Beweis für ein Programm zur Produktion von Massenvernichtungswaffen im Irak ein "sehr wichtiger Grund" wäre, gegen Saddam Hussein militärisch vorzugehen. Allerdings meinten in Italien 23 Prozent der Befragten – dies war der höchste Anteil von allen fünf Ländern -, dass die Produktion von Massenvernichtungswaffen im Irak "kein wichtiger Grund" sei für militärische Maßnahmen.

Gleichzeitig sind die Europäer weniger als die Amerikaner davon überzeugt, dass eine eventuelle Mitwirkung des Irak bei den Terroranschläge vom 11. September ein "sehr wichtiger Grund" für einen Militärschlag gegen den Irak sei. Nur 55 Prozent der Befragten in Großbritannien sahen darin einen Grund für eine Militäraktion – und in Frankreich waren es 47 Prozent, in Italien 45 Prozent und in Deutschland 44 Prozent. Demgegenüber hat eine überwältigende Mehrheit der amerikanischen Bevölkerung beide Gründe, nämlich die Produktion von Massenvernichtungswaffen bzw. die Mitwirkung bei den Terroranschlägen am 11. September, als "sehr wichtige Gründe" für ein militärisches Vorgehen gegen den Irak.

Insgesamt hat diese vergleichende Befragung vom April 2002 herausgefunden, dass die Meinungsunterschiede zwischen den Europäern und den Amerikanern im Hinblick darauf, wie man auf den internationalen Terrorismus reagieren soll, größer geworden sind. Diese Unterschiede bei der Einstellung der Bevölkerung sind sowohl bei der Frage nach den Motiven für die amerikanischen Maßnahmen zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus als auch im Hinblick auf die Militäraktionen in Afghanistan sowie im Hinblick auf eine eventuelle Militäraktion gegen Irak größer geworden. Schließlich sind ebenfalls die Unterschiede im Hinblick auf die Einstellung der Europäer und der Amerikaner größer geworden bei der Frage des Nahostkonflikts und insbesondere bei der Frage nach der Unterstützung der Nahostpolitik von Präsident Bush.

4. Transatlantische Meinungsunterschiede im Fall des Irak

Die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Europäern und den Amerikanern wurden vor allem auch auf politischer Ebene und zwischen hochrangigen Politikern ausgetragen. Die Europäer haben sich deutlich gegen einen Angriff auf den Irak ausgesprochen. So zitiert die *Washington Post* Christopher Patten (EU- Kommissar für Auswärtige Angelegenheiten) mit der Sorge, der militärische Sieg in Afghanistan könnte Tendenzen verstärkt haben, nur militärische Macht als Basis für Stabilität zu sehen. Zudem könnte sich die Auffassung der Amerikaner manifestieren, dass sie die Verbündeten nur als Hilfe betrachten, im Grunde jedoch nicht benötigen. Der Verfasser des Artikels erklärt sich diese Sorge damit, dass in Europa gerade keine Supermacht existiert, man im Falle eines Krieges folglich immer auf die Hilfe anderer angewiesen sei.

Zur Unterstützung der amerikanischen Politik zieht der Journalist Peter Finn den Koordinator für deutsch- amerikanische Beziehungen im Auswärtigen Amt, Karsten Voigt, heran, der für einen

Regimewechsel im Irak plädiert, aber Differenzen in den Mitteln sieht.⁶ Patten hatte schon davor jenseits aller diplomatischen Formeln die Probleme in den transatlantischen Beziehungen offen ausgesprochen, von der Errichtung eines Internationalen Strafgerichtshofes bis zum Kyoto-Protokoll. Er sah seine Sorge in der Äußerung John Boltons begründet, Multilateralismus gefährde die USA. Bolton arbeitete schon in der Reagan und der ersten Bush Administration. Ein weiterer Unterschied zwischen den Europäern und den Amerikanern besteht bei der Einschätzung von Entwicklungshilfe, die von der Bush Administration als *"soft end of security"* eingeschätzt wird, während die Europäer Entwicklungshilfe jedoch als *"hard end of security"* und damit als grundlegendes Mittel bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus einschätzen.⁷

5. Differenzen zwischen den transatlantischen Partnern

Nach den Terroranschlägen in New York und Washington, DC vom 11. September 2001 demonstrierten in den folgenden Tagen zigtausende Menschen in europäischen Städten, um ihre Solidarität mit dem amerikanischen Volk zu demonstrieren. Alleine in Berlin gingen am 14. September fast 200.000 Menschen auf die Straße, um vor dem Brandenburger Tor in Anwesenheit des Bundespräsidenten und des amerikanischen Botschafters ihr Mitgefühl mit den Terroropfern und ihre Unterstützung für die amerikanische Bevölkerung zu zeigen. Doch welcher Unterschied in den transatlantischen Beziehungen nur acht Monate später. Die Welle der Unterstützung ist abgeebbt, die im September sichtbare sogenannte "schweigende Mehrheit" schweigt nun wieder und es sind wiederum die Kritiker, die – wie vor dem 11. September – das Medienbild und die öffentlichen Diskussionen bestimmen. In diesem Sinne haben sich die transatlantischen Beziehungen wieder normalisiert, denn Kritik und Meinungsverschiedenheiten gehören zu den transatlantischen Beziehungen und dürfen nicht fehlen. Insofern war es eine wichtige Aussage, dass Präsident Bush noch vor seiner Europareise klarstellte, dass für ihn Demonstrationen zu jeder richtigen Demokratie dazugehören und dass er Demonstrationen bei seiner Europareise nicht als unhöflichen Akt der Europäer ansehen würde. Deshalb konnten ihn dann die 15-20.000 Demonstranten in Berlin auch nicht nervös machen.

Es ist jedoch richtig festzustellen, dass in den vergangenen Wochen und Monaten gravierende Differenzen zwischen den transatlantischen Partnern zutage traten. Zum Teil waren dies neue Konflikte wie die Diskussion über die richtige Politik gegenüber dem Irak oder die Rolle der USA im Nahostkonflikt. Zum Teil waren dies jedoch auch die alten Konflikte, die es auch vorm dem 11. September schon gab, die jedoch nach dem 11. September erst einmal überlagert wurden. Und schließlich geht es um den altbekannten, aber nunmehr neuen Vorwurf der Europäer an die Bush Administration, sie würde den von den Europäern gefürchteten und kritisierten amerikanischen Unilateralismus wiederum stärken. Von amerikanischer Seite wurde den Europäern Verständnislosigkeit für die Situation der USA nach dem 11. September vorgeworfen. Der *Washington Post* erklärte in einem Beitrag die unterschiedlichen Sichtweisen mit dem

⁶ Finn, Peter: "Europe Admantly Opposed to Any U.A. Attack on Iraq". In: Washington Post, 17.2.02, S. A29.

Unverständnis der Europäer, das Gefühl der Verwundbarkeit als völliges Novum und seine psychologischen Dimensionen für die USA zu begreifen. Die Ursache liege in der europäischen Wirklichkeit des Terrorismus, der schon länger existiere. Terrorismus werde in Europa als *"unfortunate fact of life"* gesehen.

Die Europäer verfolgen eine breitere Politik im Kampf gegen den Terrorismus. Für die Europäer reicht es nicht aus, nur der Terrorismus zu bekämpfen, sondern es geht vor allem auch darum, die Ursachen zu beseitigen. So hat Chris Patten, EU-Kommissar für die Aussenbeziehungen, in einem beachtenswerten Beitrag festgestellt, dass man den Zusammenhang zwischen globaler Ungleichheit, Zerfall von Staaten, Gewalt, Instabilität und Terrorismus sehen müsse. In diesem Zusammenhang verweist Patten darauf, dass die Europäer ungefähr dreimal soviel Entwicklungshilfe wie die USA bereitstellten. Statt die "Achsenstaaten" zu isolieren, setze man weiter auf Stärkung der Opposition im Iran und auf wirtschaftliche Kontakte mit Nordkorea.⁸ Die politische Zielrichtung der Europäer ist demnach eine ganz andere, nämlich diese drei Staaten nicht zu isolieren, sondern schrittweise die Beziehungen auszubauen, um auf diesem Wege die von diesen Staaten ausgehenden Gefahren zu kontrollieren.

Von amerikanischer Seite wird den Europäern vorgeworfen, sie würden zwar politische Lösungen propagieren, könnten sich dann jedoch nicht auf außen- und sicherheitspolitische Maßnahmen einigen und hätten zudem nicht die notwendigen militärischen Mittel, um wirksam eingreifen zu können. Eine weitere Kritik auf amerikanischer Seite besteht darin, den Europäern vorzuhalten, dass sie den Zusammenhang zwischen Massenvernichtungswaffen und Terrorismus nicht sehen wollten. Bei dieser Frage besteht ein Grundkonflikt: Für die Bush Administration, aber auch für die breite Mehrheit der amerikanischen Bevölkerung geht es nach dem 11. September um die Frage der neuen Bedrohungen für die USA und für die Welt – und deshalb gibt es in der amerikanischen Bevölkerung eine breite Zustimmung zur Politik von Präsident Bush, der als die neue sicherheitspolitische Bedrohung den internationalen Terrorismus und die Massenvernichtungswaffen zusammenfasst. In Europa werden diese beiden Probleme getrennt betrachtet – und es wird argumentiert, dass bei sicherheitspolitischen Bedrohungen nicht neu seien und dass es wenig Sinn machen würde, undifferenziert Probleme dieser Art zu vermischen, weil auf diese Art neue Probleme geschaffen, aber bestehende Probleme nicht gelöst werden könnten. Bei dieser gravierend unterschiedlichen Betrachtungsweise ist es nicht verwunderlich, dass die USA des öfteren im Alleingang handeln. Die Gefahr besteht darin, wie Nicole Gnesotto und Philip Gordon argumentieren, dass die Europäer alleine nichts erreichen könnten, aber dass auch die USA bald isoliert dastehen könnte, wenn sie weiter im Alleingang fortfahren, also eine unilaterale amerikanische Politik betreiben würde.⁹

⁷ Freedland, Jonathan: "Breaking the Silence". In: The Guardian, 9.2.02.

⁸ Richburg, Keith B.: "Europe, U.S. Diverging on Key Policy Approaches". In: Washington Post, 4.3.02, S. A13.

⁹ Gnesotto, Nicole; Gordon, Philip H.: "It's Time for a Transatlantic Summit, Estrangement". In: The International Herald Tribune, 13.3.02, S. 6. Die Autoren des Artikels sind die Direktorin des think tanks der EU (Europäisches Institut für Sicherheitsfragen in Paris) und Philip Gordon ist Europaexperte bei der

6. Analyse der Beziehungen aus amerikanischer Sicht

Eine aufschlussreiche Analyse der transatlantischen Beziehungen liefert das *American Institute for Contemporary German Studies* der John Hopkins Universität in Washington/D.C.. Den Schnitt in den deutsch- amerikanischen Beziehungen sehen die Autoren dieser Studie ebenfalls in der Rhetorik von Präsident Bush mit der Formulierung von der "Achse des Bösen", die den Präsidenten aggressiv und unilateral habe wirken lassen. Die Europäer befürchteten politische Abenteuer im Irak oder anderswo und hielten Bushs Rhetorik für "overblown". Für die Europäer zeigten die Amerikaner ein Übermaß an Arroganz und Unilateralismus, während die Amerikaner die Europäer als ignorant, zaghaft und eingeschüchtert bezeichneten.

Die Autoren sind der Meinung, dass die Europäer Rücksicht nehmen müssten auf das neue und in den USA weitverbreitete Gefühl der Verletzlichkeit. Zudem gelte es, Präsident Bush von den Vorteilen des Multilateralismus zu überzeugen. Es sei jedoch auch richtig, so die Autoren weiter, dass Partnerschaft gleiche Kapazitäten erfordere. Wenn die Europäer nicht ihr Militär modernisierten und den neuen Herausforderungen anpassten, brauchten sie sich nicht über Alleingänge der USA zu wundern. Die Amerikaner ihrerseits müssten *peace keeping* and *nation building* ausbauen, damit sich die Kapazitäten zwischen den USA und Europa angleichen würden.¹⁰

7. Kein Konsens zwischen NATO- Partnern

In den vergangenen Wochen konnten die Meinungsverschiedenheiten zwischen den NATO-Bündnispartnern nicht ausgeräumt werden. Die Verwirrung zwischen Meinungsunterschieden, unterschiedlichen politischen Konzepten und gravierenden Unterschieden in der politischen Bewertung ist so groß wie in anderen Bereichen der transatlantischen Beziehungen. Die Amerikaner denken, die Europäer verstünden nicht, worum es geht, wenn sie weiter an ihrem Ansatz festhalten wollten, dass man Terrorismus nur eindämmen, aber wegen der wegen der unterschiedlichen Ursachen nicht gänzlich ausrotten könne. Die Europäer stören sich an der Formulierung "Krieg gegen das Böse", da dies keine Grenzen impliziert und beliebig ausgelegt werden kann. Die Amerikaner sehen verächtlich auf die Europäer, deren zweite Natur das *appeasement* sei. Sie hätten bisher versucht, jeden Diktator durch Konzessionen zu bändigen – so der Vorwurf von konservative Seite aus den USA. Die Vertreter der USA befürworteten einen Angriff auf den Irak, da dadurch die anderen Staaten begreifen würden, dass die Amerikaner es ernst meinen mit der Vernichtung ihrer Feinde. Bush sagte, dass die Terroristen gezwungen werden müssen, ständig auf der Flucht zu leben und ihnen kein Unterschlupf gewährt werden darf.¹¹

Brookings Institution in Washington, DC.

¹⁰ www.aicgs.org/at-issue/ai-gadialogue.shtml

¹¹ www.zeit.de/reden/Weltpolitik/bush_gedenken_200212.html

Die Argumentationskette der Bush Administration für einen militärischen Angriff auf den Irak ist wie folgt: Der Sieg über den Irak werde die ganze Region entfesseln. Andere arabische Staaten werden sehen, dass sie nichts davon haben, den internationalen Terrorismus zu unterstützen und werden deshalb den Palästinensern sagen, dass sie mit den Selbstmordattentaten aufhören müssen. Die Palästinenser werden dann jedes Angebot Israels annehmen. Eine neue pro-amerikanische Regierung wird die westlichen Werte vertreten, woraufhin die Menschen in den arabischen Ländern Demokratie und freie Märkte fordern werden. Nachdem die gesamte arabische Welt demokratisiert ist, werden die Ursachen des Terrorismus ausgeremert sein.¹² Von vielen Europäern wird diese Sichtweise als oberflächlich, ja sogar als naiv eingeschätzt. In dieser Weise haben sich der französische und der deutsche Außenminister, aber auch Chris Patten von der Europäischen Kommission geäußert.

8. Die Sichtweise der Neokonservativen in den USA

Diese Darstellung ist keine Einzelmeinung, sondern die Argumentation der Neokonservativen in den USA. Präsident Bush spricht deren Sprache, zum Beispiel Achse des Bösen, Regimewechsel im Irak, Massenvernichtungswaffen in Terroristenhand, oder Kampf zwischen Gut und Böse. Die Neokonservativen sehen die Alliierten als bloße Gefolgsleute. Die Europäer werden als "Schlaffies" bewertet. Die Ideologie der Neokonservativen besagt, dass die USA gar keinen Schaden anrichten können, da dort das Gute beheimatet ist. Daher kann das Militär auch nur zum Guten dienen und niemals überrüstet sein. Die Allianzen würden sich beinahe von selbst bilden durch die Anziehungskraft Amerikas, dem Rest würde die Drohung des Militärpotentials helfen.¹³

Zu diesen Neokonservativen in der Bush Administration zählen Verteidigungsminister Donald Rumsfeld, Vizepräsident Richard Cheney, Paul Wolfowitz (Deputy Secretary of Defense), Richard Perle (Rumsfelds Berater) und Lewis Libby (Cheney's Berater in nationalen Sicherheitsfragen). Der Einfluss dieser Gruppe in der Bush Administration wächst.

9. Neokonservative außerhalb der Bush- Administration

Der Kolumnist Charles Krauthammer, der unter anderem für die *Washington Post* und für den *Weekly Standard*, das Sprachrohr der Neokonservativen, schreibt, bekennt sich offen als Unilateralist. Er propagiert eine neue amerikanische Außenpolitik, die aus drei Elementen besteht: moralische Grundsätze, präventive Kriegführung und Unilateralismus. Das "Schmollen" der Europäer sieht er in deren Irrelevanz begründet. Seine Absage an die Europäer ist eindeutig: "If the Europeans refuse to see themselves as part of this struggle, fine. If they wish to abdicate, fine. We will let them hold our coats, but not tie our hands."¹⁴

Robert Kagan und William Kristol, zwei ebenfalls sehr einflussreiche konservative Journalisten, die für den *Weekly Standard* schreiben, kritisieren das Zögern der Bush Administration bei der

¹² Pfaff, William: "The NATO Allies Are Drifting Apart". In: International Herald Tribune, 18.4.02, S.8.

¹³ Kleine-Brockhoff, Thomas: "Amerikas gütige Hegemonie". In: DIE ZEIT, 18.4.02, S.33-43.

„Entfernung“ Saddam Husseins und propagieren in der Wochenzeitung offen die US-Hegemonie. Robert Kagan sieht fundamentale Unterschiede zwischen Amerikanern und Europäern: „It is time to stop pretending that Europeans and Americans share a common view of the world, or even that they occupy the same world.“¹⁵ Er analysiert die unterschiedlichen Standpunkte aus historischer Sicht, mit Schwerpunkt auf dem Machtverständnis Europas.

Walter Russel Mead vom *Council on Foreign Relations* erläutert die Haltung der sogenannten Jacksonianer, die Europas Einfluss in der Welt schwinden sehen. Walter Russel Mead stellt ganz lapidar fest: „Amerikaner misstrauen dem politischen Urteil Europas ganz einfach.“¹⁶ Auch hier wird der unilaterale Ansatz deutlich, der teilweise aus dem Misstrauen gegenüber Europa erwächst.

10. Gemäßigte Stimmen in den USA

Den Gegenpol zu den Neokonservativen bildet Prof. Joseph Nye, Professor an der Harvard Universität und Autor vieler Bücher über die amerikanische Außenpolitik. In seinem neuesten Buch „The Paradox of American Power: Why the World’s Only Superpower Can’t Go It Alone“, geht er auf den Grundkonflikt der derzeitigen amerikanischen Außenpolitik ein. Er sieht gerade im militärischen Erfolg in Afghanistan die Notwendigkeit zur Kooperation mit anderen Staaten. Die Weltpolitik habe sich in einem Maße geändert, dass die Amerikaner ihre internationalen Ziele nicht mehr alleine erreichen könnten, obwohl sie so stark seien wie nie zuvor. Nye kommt bei seinem Buch zur klaren Schlußfolgerung: „The paradox of American power in the 21 st century is that the largest power since Rome cannot achieve its objectives unilaterally in a global information age.“¹⁷

Einen Mittelweg beschreitet Richard N. Haass, der in der Bush Administration Leiter des Planungstabes im Außenministerium ist. Richard Haass zählt zum gemäßigten Flügel der Republikaner, dem auch Henry Kissinger, Colin Powell, Anton Zinni und Richard Armitage angehören. Diese Personen vertreten einen „moderaten Internationalismus“. So legt Haass in seinem Strategiepapier für die Außenpolitik der Bush Administration dar, dass nach dem Ende des Kalten Krieges die neue strategische Zielsetzung der amerikanischen Außenpolitik globale Integration lauten müsse. Die neuen Partner werden integriert, um Stabilität und Sicherheit zu erzeugen, und zwar für die USA, aber auch weltweit.¹⁸

Beim derzeit diskutierten Unilateralismus handele es sich nicht um ein Novum, argumentiert der Historiker Hobsbawn. Die Anschläge hätten nur den Trend verstärkt, sich als dominante Weltmacht zu etablieren. Er sieht seit dem Zweiten Weltkrieg als dominantes Ziel der USA, die Weltherrschaft zu erreichen. Die Bedrohung durch die „Achse des Bösen“ hält er für lächerlich. Der militante Islam sei auch nicht die Gefahr, da „er Phänomen der Dritten Welt ist und die USA jedes Land der Dritten

¹⁴ Krauthammer, Charles: „The Axis of Petulance“. In: Washington Post, 1.3.02, S.A25.

¹⁵ Kagan, Robert: „Power and Waekness“: www.policyreview.org/JUN02/kagan.html

¹⁶ Mead, Walter R.: „Goodbye, Europa“. In: Süddeutsche Zeitung, 3.5.02.

¹⁷ Nye, Joseph: „The New Rome Meets the New Barbarians“. In: The Economist, 23.3.02, S. 23-25

¹⁸ www.state.gov/s/p/rem/9632pf.htm

Welt mit ihren Bomben zerstören können. So einfach ist das. Das wirkliche Problem der amerikanischen Außenpolitik ist heutzutage Israel.“¹⁹

11. Der Nahostkonflikt und die Bush Administration

Grundlegende Meinungsunterschiede und wachsende Divergenzen zwischen den transatlantischen Partnern gibt es auch im Hinblick auf den Nahostkonflikt. Die Politik von Präsident Bushs gegenüber Israel und der Region wird zunehmend als Schlingerkurs empfunden. Der *Economist* sieht das gesamte Engagement Bushs im Licht der Irak- Politik. Bush sprach von einem palästinensischen Staat zu der Zeit, als er eine Koalition gegen den Terror zusammenführte. Cheney reiste nur in den Nahen Osten, um Unterstützung für einen Angriff auf den Irak zu erlangen. Das Ziel sei von Anfang an der Irak gewesen, alles andere sei nur Mittel zum Zweck. Ironischerweise wird sich Bush gerade deshalb mehr engagieren müssen, um seine Pläne zu verwirklichen.²⁰

Die arabischen Staaten stören sich an der wie sie meinen einseitigen Unterstützung der USA für Israel. Insbesondere der wichtige Partner Saudi-Arabien stößt in Washington mit seiner Fürsprache für das palästinensische Volk auf taube Ohren. Die Stimmung im Volk ist gereizt und gestaltet sich zunehmend antiamerikanisch. Einige Geistliche rufen zum Boykott amerikanischer Waren auf.²¹

Präsident Bush hat sich von Anfang an, also seit Januar 2001, als er in das Weiße Haus einzog, im Nahostkonflikt nicht engagiert. Dies war eine bewusste Entscheidung, denn Präsident Bush wollte auf jeden Fall die Politik von Präsident Clinton nicht fortsetzen, der sich jahrelang im Nahen Osten – aber auch zum Beispiel im Nordirland-Konflikt und in Nord-Korea – als aktiver Vermittler betätigte. Der 11. September und eine zunehmende Gewaltbereitschaft der beteiligten Staaten im Nahen Osten haben dann eine grundlegende Veränderung gebracht. Zum einen wurde erkannt, dass eine Militäraktion gegen den Irak nur unter Duldung oder Beteiligung der Nachbarstaaten möglich sein wird. Präsident Bush schickte deshalb seinen Vize Dick Cheney in die Region, der ihm jedoch mitteilen musste, dass eine Koalition gegen den Irak mit den Staaten der Region nicht zu schmieden sei, solange der Nahostkonflikt nicht gelöst sei. Als dann die Spirale von Gewalt und Gegengewalt zwischen Israel und den Palästinensern ein Ausmaß erreichte, dass die USA eingreifen mussten, schickte Präsident Bush im Anfang April 2002 seinen Außenminister Powell in die Region, der jedoch keine greifbaren Ergebnisse erzielen konnte.²² Es könnte sehr wohl sein, dass die USA im Nahen Osten lernen werden, dass kurzfristige Militärmaßnahmen nicht ausreichen, eine längerfristige Lösung für das Problem des internationalen Terrorismus zu erzielen.

¹⁹ Hobsbawn, Eric: “Die USA wollen die Weltherrschaft”. In: DER SPIEGEL, 12/02, S. 143-149.

²⁰ ”Zigzagging”. In: The Economist, 4.4.02.

²¹ Hermann, Rainer: “Washington und Riad suchen nach neuen Partnern”. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25.4.02, S.6.

²² Brüggemann, Gerd: “Ratlose USA im Nahen Osten”. In: Neue Zürcher Zeitung, 21.4.02.

12. Powell weist europäische Kritik zurück

Vor der Europareise von Präsident Bush im Mai gab Außenminister Powell mehreren europäischen Zeitungen Interviews, unter anderem dem *Guardian*. Er nannte die Außenpolitik Bushs einen Erfolg und wies die europäischen Kritik an einem neuen amerikanischen Unilateralismus zurück. Powell verwies darauf, dass er sehr viel Zeit am Telefon mit seinen europäischen Kollegen verbrachte, um die transatlantische Kooperation zu stärken. Die europäische Kritik habe sich zudem sehr oft als falsch erwiesen. Die Reaktion auf die "Achse des Bösen" Rhetorik sei ein kulturelles Missverständnis, die Amerikaner sagen eben alles offen heraus. Die transatlantische Partnerschaft sei stark und in einer guten Verfassung, auch wenn die europäischen Intellektuellen ständig kritisierten.²³ *DIE ZEIT* druckte das gesamte Interview ab. Powell sieht die amerikanische Kritik an Europa als Reaktion auf das ständige "Eindreschen" auf die USA. Die europäischen Stimmen bezeichnet er als "intellektuelles Geblubbere", das es schon seit Jahren gäbe. Powell meinte, er sähe nicht die Gefahr der Spaltung in den transatlantischen Beziehungen.²⁴

Kurz vor dem Besuch von Präsident Bush hat der *SPIEGEL* eine Umfrage in Auftrag gegeben. Die Befragung zeigte, dass die Bevölkerung in Deutschland eher ein negatives Bild von den transatlantischen Beziehungen hat. So schätzten 73 Prozent der Befragten das deutsch-amerikanische Verhältnis als von den USA dominiert ein. Eine Mehrheit von 76 Prozent war der Meinung, die Amerikaner würden sich zu sehr in die Belange anderer Länder einmischen. Und 50 Prozent der Deutschen hatten ein negatives Bild von Präsident Bush.²⁵ Insgesamt sahen die Deutschen das transatlantische Verhältnis mit gespaltenen Gefühlen.

13. Präsident Bush in Berlin

Auf seiner einwöchigen Europareise war für Präsident Bush die erste Station am 22. und 23. Mai in Berlin. Mit Spannung wurde seine Rede vor dem Deutschen Bundestag am 23. Mai 2002 erwartet. In dieser Rede betonte Präsident Bush die historische Dimension der transatlantischen Partnerschaft, deren gegenwärtige Stärke und Potential. Der Schwerpunkt der Rede lag auf den gemeinsamen Herausforderungen und speziell den gemeinsamen Gefahren aufgrund des internationalen Terrorismus. Präsident Bush hob hervor, dass es nicht nur militärischer Lösungen bedürfe, sondern auch Entwicklungshilfe, um eine bessere Welt zu gestalten. Die NATO nannte er weiterhin wichtig, sie stehe jedoch vor neuen Aufgaben. Zudem stellte er die Bedeutung Russlands heraus. Zu Europa stellte der Präsident fest, ein starkes Europa sei kein Rivale der USA. Bush rief die Verbündeten auf, gemeinsam ein "Haus der Freiheit" zu errichten. Er wiederholte, dass der Kampf nicht nur gegen den Terrorismus gerichtet sei, sondern auf eine Verteidigung der westlichen Zivilisation abziele.²⁶

²³ Borger, Julian: "Lay Off US Powell tells Europeans" und "Powell: alone we stand but in the right". In: *The Guardian*, 18.5.02.

²⁴ www.zeit.de/2002/22/Politik/print_200222_powell.html

²⁵ *DER SPIEGEL* 21/02, S.26-31.

²⁶ www.whitehouse.gov/news/releases/2002/05/print/20020523-2.html

Die Rede von Präsident Bush wurde durchweg positive aufgenommen. Politiker aller Parteien zollten Bush ihre Anerkennung. Außenminister Fischer sah die Rede in die Zukunft weisend, insbesondere wegen Bushs Bekenntnis zu einem starken Europa. Der Kanzlerkandidat der Union, Stoiber, sprach von einer "großen Rede" und einem "exzellenten Besuch". Auch die Fraktionsvorsitzende der Grünen, Kerstin Müller, lobte Bush für die Zusicherung der Anwendung nicht- militärische Mittel im Kampf gegen den Terrorismus, insbesondere die Aufstockung des Entwicklungshilfeetats. Drei PDS- Abgeordnete entrollten während der Rede ein Transparent, das sofort von Saaldienern entfernt wurde.²⁷ Eckard Lohse merkte in der *FAZ* an, dass "niemand wirklich tief ergriffen oder beeindruckt von den Ausführungen des Gastes aus Amerika war." Bush äußerte sich nicht zu den konkreten Differenzen im Klimaschutz und dem Internationalen Strafgerichtshof.²⁸ Der Kommentator der *Süddeutschen Zeitung* sah genau darin die Stärke der Rede: "Bush war deshalb so wirkungsvoll, weil er sich nicht in den Details der transatlantischen Kalamitäten verstrickte, sondern mit einer großen Verbeugung vor Europa an das gemeinsame historische und kulturelle Vermächtnis erinnerte."²⁹ Die *Neue Zürcher Zeitung* konstatierte: "Das bisweilen verkrampfte bilaterale Verhältnis zwischen Berlin und Washington hat sich während der Visite Bushs spürbar entspannt."³⁰

14. Die amerikanische Presse und der Berlin-Besuch

Die amerikanische Presse hat ebenfalls durchweg positive über die Rede von Präsident Bush im Bundestag und über seinen Berlin-Besuch berichtet. So betonte die *Washington Post* die europäische Kritik und die Proteste in Berlin und stellte dann lapidar fest: "But the United States remains popular among Germans." Die *Washington Post* verwies auf Meinungsumfragen, wonach die Mehrheit der Europäer einer Ausdehnung des Kampfes gegen den Terror nach Nahost reserviert gegenüber stünde. Die Zeitung hat ebenfalls den Eklat der PDS erwähnt.³¹ Am gleichen Tag erschien auf der Titelseite der *Washington Post* ein Artikel, der den Angriff auf den Irak auf 2003 verschoben sieht, falls überhaupt ein Angriff erfolgt.³² Auch die *New York Times* wertete die Rede von Präsident Bush als Erfolg und stellte fest: Präsident Bush "pleased his supporters and surprised some of his critics". Die *New York Times* hat in ihrer Berichterstattung einige deutsche Politiker zu Wort kommen lassen. Robert Kagan relativiert jedoch, dass die Probleme des "continental drift" nicht unter Bush entstanden seien und er sie auch nicht lösen könne, egal wie gut seine Reden seien.³³

²⁷ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.5.02, S.3.

²⁸ Lohse, E.: "Der Präsident und die Leere". In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23.5.02, S. 3.

²⁹ Kornelius, Stefan: "Bushs Botschaft". In: Süddeutsche Zeitung, 24.5.02, S.4.

³⁰ Kolbe, G.: "Kampfansage Bushs an die globale Armut; Rede des Präsidenten vor dem deutschen Bundestag". In: Neue Zürcher Zeitung, 23.5.02, S.1.

³¹ Milbank, Dana: "Bush Likens Terror to Nazism; Germans Express Misgivings About Expanding War to Iraq". In: *Washington Post*, 24.5.02, S.A28

³² Ricks, Thomas E.: "Military Bids To Postpone Iraq Invasion". In: *Washington Post*, 24.5.02, S.A01.

³³ Erlanger, Steven: "Bush in Berlin, Calms Some European Fears with Talk of Partnership and Aid". In: *New York Times*, 24.5.02, S. A12

15. Schlussfolgerungen: Die Terroranschläge vom 11. September 2001 und die transatlantischen Beziehungen

Ein Jahr nach den Terroranschläge vom 11. September 2001 in New York und Washington, DC stecken die transatlantischen Beziehungen in einer schwerwiegenden Krise. Der Konflikt eskalierte schon seit Anfang des Jahres 2002. In den USA nahm die Zahl und die Lautstärke der Kritiker und Leitartikler beständig zu, die den Europäern Antiamerikanismus vorwarfen und das Ende der atlantischen Allianz kommen sahen. In Europa wuchs gleichzeitig die Kritik an einem realen oder vermeintlichen amerikanischen Unilateralismus der Bush Regierung. Einer der schärfsten Kritiker der Europäer, der amerikanische Politologe und Journalist Robert Kagan hat in seinem bereits erwähnten Essay über den Grundkonflikt der transatlantischen Beziehungen festgestellt, dass es gar keine gemeinsame Basis mehr für die atlantische Allianz gäbe, weil das europäische Verhalten auf Kant basiere, also nach Recht, Ausgleich und Frieden strebe, während die Amerikaner in einer anarchischen Welt lebten, die von Hobbes'schen Machtdenken geprägt sei.

Hat Robert Kagan damit eine grundlegende Problematik der transatlantischen Beziehungen charakterisiert? Warum wird der Argumentation von Robert Kagan im Jahre 2002 so viel Aufmerksamkeit geschenkt? Stecken die transatlantischen Beziehungen wirklich in einer existenziellen Krise? Oder geht es um Konflikte bei der Entscheidungen über den richtigen Weg zur Erreichung gemeinsamer Ziele? Und bei den Zielen gibt es weitgehende Übereinstimmung: Die Europäer unterstützen die Notwendigkeit des Kampfs gegen den internationalen Terrorismus. Und es gibt in Europa eine breite Unterstützung bei den Experten, dass die Bedrohung durch Massenvernichtungswaffen einen größeren Stellenwert erhalten muss.

Man muss sich die Entwicklung der transatlantischen Beziehungen seit dem Amtsantritt von Präsident Bush im Januar 2001 anschauen, um besser verstehen zu können, warum die derzeitigen transatlantische Konflikte mit großem emotionalen Engagement ausgefochten werden. Es war die Bush Regierung, die in den ersten Monaten nach Amtsantritt wichtige Politikveränderungen unilateral verkündet haben, und zwar von Rüstungsabkommen bis zur Klimapolitik und dem Kyoto-Protokoll. Die transatlantischen Beziehungen waren in einer sehr schwierigen Phase, als Präsident Bush im Juni 2001 seine erste Europareise antrat und zum ersten Mal mit den Staats- und Regierungschefs der EU-Staaten zusammentraf. Es gab massive Proteste und gewalttätige Demonstrationen.

All dies hat sich am 11. September 2001 mit den Terroranschlägen geändert: in allen europäischen Partnerstaaten haben die Menschen zu zigtausenden ihre Solidarität mit dem amerikanischen Volk demonstriert. So sind in Berlin am 14. September 2001 bis zu 200.000 Menschen vor dem Brandenburger Tor zusammengelassen, um in einer Gedenkveranstaltung ihre Solidarität zu zeigen. Der Tenor fast aller Stellungnahmen der NATO-Staaten war identisch: dies war ein Anschlag auf die zivilisierte Welt, dies ist ein Anschlag auf uns alle, ein Anschlag, der in den USA großes Leid zur Folge hat – und wir stehen an der Seite der USA und werden uns solidarisch zeigen. Bundeskanzler Schröder sprach sogar von einer "uneingeschränkten Solidarität

Deutschlands mit den USA" im Kampf gegen die Verantwortlichen der Terroranschläge. Und Le Monde fasste die europäische Stimmung in der Schlagzeile zusammen: "Wir sind alle Amerikaner!"

Diese Solidarität der Europäer nach dem 11. September 2001 war willkommen und wurde von der amerikanischen Bevölkerung sehr positiv aufgenommen. Doch damit wurden auch Erwartungen geweckt, die nicht erfüllt werden konnten. So zeigte sich schon bald, dass natürlich die alten transatlantischen Probleme – die sogenannte "Agenda vom 10. September" – nicht gelöst, sondern nur von "9-11" überlagert wurden. Seit Anfang des Jahres 2002 zeigten sich die alten Spannungen zwischen Europa und den USA immer deutlicher.

Die Terroranschläge vom 11. September 2001 haben in einer ersten Reaktion dazu geführt, dass Europa und die USA enger zusammenrückten, um die gemeinsame neue Bedrohung des internationalen Terrorismus in enger Solidarität zu bekämpfen. Doch es zeigte sich schon bald, dass die Terroranschläge vom 11. September die Welt nicht so grundsätzlich verändert haben, wie von vielen Beobachtern im Herbst 2001 prognostiziert wurde. Es zeigte sich jedoch auch schon bald, dass "9-11" die Kluft zwischen den USA und Europa vergrößern würde. Hierfür war ausschlaggebend, dass "9-11" in den USA stattfand und dass Europa – und andere Regionen der Welt – schon seit vielen Jahrzehnten mit Terrorismus leben muss. Für die Bevölkerung der USA brachte "9-11" in dieser Hinsicht eine Gezeitenwende, denn es war das erste Mal seit Pearl Harbor im Dezember 1941, dass die USA von außen angegriffen wurden – und Pearl Harbor wurde von japanischen Truppen im Krieg angegriffen. Es ist deshalb richtig, festzustellen, dass die Terroranschläge von New York und Washington, DC die Sichtweise der amerikanischen Bevölkerung und der Politiker grundlegend verändert hat, und zwar im Hinblick darauf wie "9-11" die Welt verändert hat, aber auch im Hinblick auf die neuen sicherheitspolitischen Bedrohungen der USA.

Im Laufe des Jahres 2002 zeigten sich diese veränderten Sichtweisen im Hinblick auf die veränderten Sicherheitsrisiken nach "9-11" immer deutlicher, und dies vor allem bei der Frage, ob die Weltgemeinschaft im Irak einschreiten müsse, um eine mögliche Bedrohung durch Massenvernichtungswaffen abzuwenden. Dieser Streit darüber, ob der Irak eine Gefahr darstellt – und falls ja, was zu tun sei, führte im August 2002 zu einem öffentlich ausgetragenen Streit zwischen Deutschland und den USA. Bundeskanzler Schröder hat seine Entscheidung im Wahlkampf immer wieder wiederholt, dass Deutschland sich an einem Irak-Krieg nicht beteiligen werde und legte sich sogar mit einer klaren Absage für den Fall fest, dass der UN-Sicherheitsrat militärische Maßnahmen gegen den Irak beschließen sollte.

Dieser Konflikt zwischen Kanzler Schröder und der Bush Administration eskalierte im Laufe des Wahlkampfes, so dass wichtige Mitglieder der Bush Regierung von "vergifteten Beziehungen" zwischen den USA und Deutschland sprachen. Kanzler Schröder hatte eine Krise in den deutsch-amerikanischen Beziehungen ausgelöst. Dieser Streit war völlig unnötig, weil eine Ablehnung eines Irak-Krieges durch die Schröder-Regierung möglich war, ohne eine Krise in den transatlantischen Beziehungen zu provozieren. Und mit einer abgestimmten europäischen Position hätte

Bundeskanzler Schröder seine auch wahlkampfbedingten Zielsetzungen durchsetzen und gleichzeitig mit einer stärkeren europäischen Position gegenüber der Bush Administration, aber auch im UN-Sicherheitsrat, mehr erreichen können.

Die transatlantischen Beziehungen haben in den 15 Monaten vom Juni 2001 bis September 2002 eine Achterbahn durchfahren: von einem Tiefpunkt im Juni 2001 wurden sie durch "9-11" auf ein "solidarisches Hoch" katapultiert, doch folgte schon bald der schrittweise Abstieg von diesen ungewohnten Höhen – und im August 2002 folgte dann sogar in den deutsch-amerikanischen Beziehungen der Absturz – um beim Bild der Achterbahn zu bleiben - auf das emotionale Ausgangsniveau vom Juni 2001.

Ein Jahr nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 lassen sich einige Schlussfolgerungen ziehen. Erstens, die Terroranschläge vom 11. September 2001 waren nicht der "worst case", denn es hätte viel schlimmer kommen können. Zweitens, die USA haben nach den Terroranschlägen nicht unilateral militärisch geantwortet, sondern sie haben eine breite multilaterale Allianz im Kampf gegen den internationalen Terrorismus aufgebaut. Drittens, der Krieg in Afghanistan führte nicht zu der vorhergesagten Katastrophe, sondern es war möglich, mit vergleichsweise geringen Verlusten das alte Regime zu vertreiben und mit internationaler Unterstützung einen neuen Anfang in Kabul zu machen, ein neuer Anfang, der den Menschen in Afghanistan – und vor allem den Frauen und Kindern – zumindest eine Chance auf eine bessere Zukunft eröffnet. Viertens, die Beziehungen zwischen den USA und Russland sowie zwischen den USA und China haben sich auch als Ergebnis von "9-11" zum Teil grundlegend verbessert. Fünftens, als Ergebnis der Terroranschläge wird den Entwicklungsländern und insbesondere dem Problem der Armut wieder mehr Bedeutung beigemessen.

Für die USA und für Europa besteht die grundlegende Lehre aus den Terroranschlägen jedoch darin, erkennen zu müssen, dass auch das mächtigste Land der Welt die Sicherheit seiner Bürger nicht alleine gewährleisten kann. Militärische Mittel sind zum Schutz der Menschen notwendig und müssen manchmal auch eingesetzt werden – so zum Beispiel im Kosovo oder in Osttimor, doch leider wurden militärische Mittel in Burundi nicht eingesetzt und 800.000 Menschen wurden umgebracht; doch militärische Macht reicht nicht aus, um eine Bedrohung wie den internationalen Terrorismus zu bekämpfen.

In dieser Hinsicht müssen Amerikaner und Europäer noch die Lehren aus der Analyse von Prof. Joseph Nye ziehen, der die neue Problematik als "the paradox of American power" bezeichnet und damit darauf hinweist, dass auch die Supermacht USA lernen müsse, in Kooperation mit anderen Staaten ihre Interessen zu verwirklichen. Doch dieser Herausforderung müssen sich auch die Europäer und andere Länder stellen. Die Antwort wird darin liegen müssen, dass neue Bedrohungen wie durch den internationalen Terrorismus durch eine multilaterale Allianz möglichst vieler Staaten bekämpft werden müssen. Bei diesem Kampf wird man wohl nicht nur militärische, sondern vielmehr politische, ökonomische, finanzielle Mittel einsetzen müssen. Wie die Entwicklungen seit dem 11. September 2001 zeigen, handelt es sich beim internationalen

Terrorismus um eine globale Bedrohung. Eine schnelle Lösung dieses Problems ist jedoch nicht zu erwarten.

Autoren:

(*) Dr. Bernhard May, Stellv. Direktor des Forschungsinstituts der DGAP und Leiter der Arbeitsstelle USA / Transatlantische Beziehungen; Christina Lingel, Praktikantin im Forschungsinstitut der DGAP.

Links:

1. Die Rede von Präsident Bush im Deutschen Bundestag am 23.05.02
www.whitehouse.gov/news/releases/2002/05/print/20020523-2.html
2. Robert Kagan: "Power and Weakness" in *Policy Review* vom Juni 2002
www.policyreview.org/JUN02/kagan.html
3. President Bush Meets With European Leaders 02.05.02
www.whitehouse.gov/news/releases/2002/05/print/20020502-9.html
4. Richard Haass: "Defining U.S. Foreign Policy in a Post-Post-Cold War World" 22.04.02
www.state.gov/s/p/rem/9632pf.htm
5. Joint Statement der UNO, Russland, der EU und der USA vom 10. April 2002
www.un.org/News/dh/mideast/joint-statement.htm
6. American Institute for Contemporary German Studies at John Hopkins University: "Germany and the United States: Considerations for the Schroeder Government and Bush Administration"
www.aicgs.org/at-issue/ai-gadialogue.shtml
7. The Pew Research Center For The People and The Press: Umfrage mit dem Titel: "Americans and Europeans Differ Widely on Foreign Policy Issues" 17.04.02
www.people-press.org
8. Joseph Nye: "The New Rome Meets the New Barbarians"
www.ksg.harvard.edu/news/opeds/nye_USpower_economist_032302.htm
9. George W Bush: "Der Krieg geht weiter" 11.03.02
www.zeit.de/reden/Weltpolitik/bush_gedenken_200212.html
10. Joseph Nye: "The New Rome Meets the New Barbarians"
www.ksg.harvard.edu/news/opeds/nye_USpower_economist_032302.htm
11. The German Marshall Fund of the United States and the Chicago Council on Foreign Relations: Worldviews 2002 Polling Results: A World Transformed. A Survey of U.S. and European Foreign Policy attitudes, September 2002
www.worldviews.org